

Zwei sind einer zu viel

Als Wahlsieger hat die CDU hier mehrere Optionen. Doch keine ist so attraktiv wie eine künftige Koalition mit der SPD.

VON GUNNAR SAFT

In Sachsen ist die Wahlentscheidung gefallen und das Vorspiel für eine Neuaufgabe der CDU-SPD-Koalition, die bereits von 2004 bis 2009 gemeinsam in Dresden regierte, läuft auf vollen Touren. Noch in dieser Woche wollen die Christdemokraten mit den Sondierungsgesprächen beginnen. Neben der SPD stehen dabei zunächst auch die Grünen auf der Anrufliste von Stanislaw Tillich. Doch diese vermeintliche Option ist ein rein taktisches Manöver – als neuer Koalitionspartner bieten die Sozialdemokraten der Sachsen-CDU die deutlich besseren Voraussetzungen. Eine SZ-Analyse.

► An der Elbe und an der Spree wird in Zukunft im gleichen Takt regiert

Ein logisches Argument für ein schwarz-rotes Zweckbündnis an der Elbe: In Dresden gibt es dann die gleiche politische Konstellation wie im Bundestag und innerhalb der Bundesregierung. Das macht Abstimmungen im schwierigen Tagesgeschäft für alle Beteiligten einfacher und effektiver. Für Kanzlerin Angela Merkel wird das Bundesland Sachsen vor allem im Bundesrat berechenbarer. Ein Ausscheren wie zuletzt beim Streitthema Mindestlohn – bei dem sich der Freistaat auf Druck der bisher mitregierenden FDP der Zustimmung enthielt – wird es dann absehbar nicht mehr geben. Im Gegenzug kann das Land Sachsen mit mehr Entgegenkommen der Bundesregierung rechnen, wenn es gilt, in Berlin häufiger die eigenen Interessen durchzusetzen.

► Zwischen CDU und SPD in Sachsen steht kein gravierendes Streitthema

Auch wenn Sachsens alter und neuer CDU-Ministerpräsident Stanislaw Tillich bei einer Koalition mit der SPD einige Korrekturen bei seinem bisherigen Regierungshandeln hinnehmen muss, dürften diese aber vergleichsweise gering ausfallen. Bei den wichtigsten landespolitischen Themen haben sich beide Parteien längst mit ihren Forderungen und Zielen angenähert: mehr Geld für Bildung und zusätzliche Lehrstellen, Erhalt und Verbesserung des Kita-Systems, die Einstellung weiterer Polizeibeamter oder Investitionen in den Wissenschafts- und Hightech-Standort Sachsen. Einig ist man sich auch, dies alles ohne eine Neuverschuldung, sondern allein mit vorhandenem Geld zu finanzieren. Ein wirklich gravierendes Streitthema, das einen der potenziellen Partner zu mehr als den üblichen Koalitionskompromissen zwingen würde, steht dagegen nicht im Raum.

► Der Kabinettsstisch bietet genug Möglichkeiten zum Stühlerücken

Auch für die künftige Machtverteilung am Kabinettsstisch in Dresden gibt es ausreichend Möglichkeiten, obwohl Tillich im



Schluss mit Küchentisch: SPD-Spitzenkandidat Martin Dulig kann sich berechtigte Hoffnungen machen. Foto: dpa/Kay Nietfeld



Kann sich aussuchen, wer mit ihm am Kabinettsstisch sitzt: der alte und neue Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU). Foto: dpa/Maurizio Gambarini



Bleibt wohl weiter am Katzenstisch: Antje Hermenau und die Grünen trennt einfach zu viel von der CDU. Foto: dpa/Sören Stache

Vorfeld das Wirtschaftsministerium – traditionell ein wichtiges Ressort für kleinere Koalitionspartner und bereits früher schon einmal von der SPD besetzt – für die CDU reklamiert hat. Lösen ließe sich das durch die Neuaufteilung von Zuständigkeiten. Themen wie Soziales und Arbeit können für ein SPD-Ministerium zusammengefasst werden. Dazu könnten die Sozialdemokraten wie einstmal das Wissenschaftsressort übernehmen. Auch ein SPD-Kultusminister ist möglich, zumal die CDU so den schwierigen Bildungsbereich in die Verantwortung des Koalitionspartners abschieben könnte. Dagegen spricht, dass damit das bundesweit letzte CDU-geführte Kultusministerium aufgegeben würde, was der CDU-Bundessitze in Berlin allerdings nicht so gefallen dürfte.

► Die Akteure von Schwarz-Rot in Sachsen kennen sich seit Jahren gut.

Auch bei einem anderen wichtigen Punkt stehen die Vorzeichen für ein erneutes Miteinander von CDU und SPD im Freistaat günstig. Die Akteure auf beiden Seiten kennen sich seit Jahren und pflegen im Umgang miteinander keine öffentlich gewordenen persönlichen Vorbehalte, im Gegenteil. Auch als langjähriger Oppositionspolitiker ist der SPD-Vorsitzende Martin Dulig nie durch rüde Attacken auf Tillich und Co. aufgefallen. Dazu hat mit der Landes-Vize Eva-Maria Stange eine weitere einflussreiche SPD-Politikerin sogar schon mit Tillich gemeinsam einem Kabinettsstisch angehört.

► Im Dresdner Parlament gibt es künftig eine klare Regierungsmehrheit

Formal spricht zudem die Zusammensetzung des neuen sächsischen Landtages für ein Bündnis beider Parteien. CDU und SPD verfügen im Parlament über eine aktuelle Mehrheit von 13 Mandaten. Im Fall von

Schwarz-Grün wären es dagegen lediglich drei. Letztere Variante birgt ein deutlich höheres Risiko, dass Abweichler in den eigenen Reihen bei strittigen Themen die Regierungsmehrheit zum Fallen bringen.

► Durch andere Bündnispartner drohen der CDU Risiken und hohe Hürden

Nicht zuletzt kommt Sachsens CDU nicht an Schwarz-Rot vorbei, da es keine gleichwertigen Alternativen gibt. Ein Bündnis mit den Grünen dürfte bereits an der wichtigen Frage scheitern, ob der Freistaat dann planmäßig aus der Braunkohleförderung aussteigt oder nicht. Dazu kommen enorme ideologische Vorbehalte bei der grünen Basis gegen ein Zusammengehen mit der CDU. Die Christdemokraten können sich zudem auch keine Koalition mit dem Politik-Aufsteiger AfD leisten, ohne sofort den permanenten Vorwurf zu riskieren, damit Rechtspopulisten hoffähig zu machen.

So geht es in den nächsten Tagen weiter

■ **Neue Regierung:** Bis Sachsen eine neue Regierung hat, vergehen noch einige Wochen. Zunächst muss sich bis zum 30. September der neue Landtag konstituiert haben. Dazu lädt das älteste Mitglied, Detlev Spangenberg (70 Jahre, AfD), als Alterspräsident ein. Er darf das Datum festlegen und leitet die erste Sitzung, bis der neue Landtagspräsident gewählt ist. Der neue alte Ministerpräsident wird, je nach Dauer der Koalitionsverhandlungen, erst Wochen später gewählt. Bis dahin bleibt die jetzige Regierung geschäftsführend im Amt.

■ **Neue Fraktionen:** Bevor sich der neue Landtag zu seiner ersten Sitzung treffen kann, müssen sich die einzelnen Fraktionen neu konstituiert haben, also unter anderem Vorsitz und Parlamentarische Geschäftsführer gewählt haben. Die CDU will heute Nachmittag bereits ihren neuen Vorsitzenden wählen, die anderen Fraktionen treffen sich ebenfalls überwiegend heute oder morgen, um Zeitpläne für die nächsten Tage festzulegen.

■ **Neue Räume:** Ab der konstituierenden Sitzung stehen den neuen Fraktionen gemäß der Sitzverteilung Räume zu. Dann spätestens müssen FDP und NPD ihre Büros geräumt haben. Natürlich hat jede Fraktion bestimmte Vorlieben, mit wem sie auf dem Gang wohnen will und mit wem lieber nicht, weshalb sich die endgültige Raumvergabe länger hinzieht. (swf)

NACHRICHTEN

Merkel will Schwarz-Gelb treu bleiben

Berlin. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) schreibt schwarz-gelbe Koalitionen trotz der erneuten Pleite der FDP in Sachsen nicht ab. Es gebe „überhaupt gar keinen Grund hier zu sagen, die FDP-Option ist ausgeschlossen“, sagte Merkel nach Sitzungen der CDU-Spitzenpremieren in Berlin. Die Übereinstimmungen mit den Liberalen seien in den allermeisten Fällen sehr groß. „Aber im Wahlkampf kämpft jeder für sich allein und muss erst mal die Fünf-Prozent-Hürde überwinden.“ Aber wenn die FDP drin sei, so die Kanzlerin, sei sie „selbstverständlich eine Partei“, die mit der CDU „sehr viele Schnittmengen“ habe. (dpa)

Niedrigste Wahlbeteiligung in Nordsachsen

Kamenz. In keinem anderen Ort in Sachsen war die Bereitschaft, am Sonntag die Stimme abzugeben, so gering wie in der Stadt Arzberg im Landkreis Nordsachsen. Nur 28,9 Prozent beteiligten sich dort an der Wahl. Zum Vergleich: Sachsenweit lag die Wahlbeteiligung durchschnittlich bei 49,2 Prozent. Auffällige Ausnahme: In Panschwitz-Kuckau, dem Wohnort von Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU), wo am Wochenende zugleich ein neuer Bürgermeister gekürt wurde, lag die Wahlbeteiligung mit 81 Prozent sachsenweit am höchsten. Und wenig überraschend: Dort holte die Union mit 72,6 Prozent ihren absoluten Spitzenwert. (SZ/abi)

AfD wird Opfer von Hacker-Angriff

Berlin. Nach dem Erfolg der AfD bei der Landtagswahl haben Hacker sämtliche Daten der Mitglieder der rechtskonservativen Partei in Sachsen online gestellt, darunter auch Anschriften und Telefonnummern. Ein Sprecher der Partei sagte: „Wir sind gerade dabei, die IT-Lücke zu schließen.“ Unklar ist, wer hinter dem Angriff steckt und was er damit bezweckt hatte. (dpa)

Führungstrio der Grünen uneinig über Koalitionsverhandlungen mit der CDU

Dresden. Bei den sächsischen Grünen droht unmittelbar nach der Landtagswahl ein heikler Richtungskampf. Im Mittelpunkt stehen dabei die bisherige Fraktionsvorsitzende Antje Hermenau sowie die beiden Landesvorsitzenden der Partei, Claudia Maicher und Volkmar Zschocke.

Strittig ist unter dem Führungstrio vor allem die Frage, ob man ernsthaft mit der sächsischen CDU über eine mögliche Regierungskoalition verhandeln sollte. Die Christdemokraten hatten zuvor angekündigt, sowohl die SPD als auch die Grünen zu entsprechenden Sondierungsgesprächen einladen zu wollen. Maicher erklärte allerdings gestern in Dresden, in dem Wahlergebnis ihrer Partei, die nur 5,7 Pro-

zent der Stimmen erreichte, sehe sie keinen Auftrag der Wähler zu einer Regierungsbeteiligung der Grünen. „Wir sind klar eingezogen, haben aber auch klar verloren und sind deshalb enttäuscht.“ Absehbar und vom Wähler gewollt sei vielmehr eine „Liebesheirat von SPD und CDU“.

Zwar will Maicher grundsätzlich keine Sondierungsgespräche mit den Christdemokraten ausschließen, verwies aber auf große inhaltliche Differenzen zwischen ihrer Partei und dem Wahlsieger vom vergangenen Sonntag. Diese sieht sie vor allem bei der Energiepolitik, einem Braunkohleausstieg, dem Vorgehen gegen den Lehrermangel, Hilfen für Kitas sowie der Finanzierung der Hochschulen. „Der Wahl-

kampf hat viele Unterschiede zur CDU gezeigt. Im Moment sehe ich kaum inhaltliche Gemeinsamkeiten“, so Maicher, die genau wie Zschocke dem neuen Landtag erstmals als Abgeordnete angehören wird.

Mit ihrer mehr oder weniger deutlichen Ablehnung von Schwarz-Grün stellt sie sich nunmehr offen gegen einen Kurs, den die Fraktionschefin Antje Hermenau schon seit längerem verfolgt. Die sieht durchaus eine reale Machtoption gemeinsam mit den Christdemokraten in Sachsen. Allerdings ist Hermenau mit dieser Auffassung bereits im Vorfeld der Wahl parteiintern unter Druck geraten. Viele Mitglieder des Landesverbandes der Grünen lehnen eine solche Option genau wie die aktuelle

Parteispitze ab. Besteht Hermenau nun weiter auf diesem Projekt, könnte dies Auswirkungen auf ihre künftige Rolle in der Landtagsfraktion der Grünen haben, der Hermenau seit 2004 ununterbrochen vorsteht. Maicher selbst schloss einen personellen Wechsel an der Fraktionspitze zumindest nicht aus. „Wir werden schauen, wie es personell in der Fraktion weitergeht“, erklärte sie auf eine entsprechende Frage. Heute werden die acht Abgeordneten der Grünen – einer weniger als bisher – erstmals in Dresden zusammenkommen. Personalentscheidungen sollen dann aber noch nicht fallen. Claudia Maicher sagte, sie rechne mit einem längeren Zeitraum, der dafür noch benötigt wird. (SZ/gs)

IMPRESSUM

Sächsische Zeitung

Unabhängige Tageszeitung • Pflichtblatt der Börse Berlin

Verlag Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, Dresden
Uwe Vetterick 0351 48642240

Chefredakteur Carsten Dietmann
Verantwortlicher Tobias Spitzthorn (verantwortl.)
Anzeigenleiter Nikolaus von der Hagen
Vertriebsleitung Volker Kläes
Technische Leitung Ostra-Allee 20, 01067 Dresden
Hausanschrift Sächsische Zeitung, 01055 Dresden
Postanschrift Dresdner Verlagshaus Druck GmbH
Druck http://www.sz-online.de
Internet http://www.doebelineranzeiger.de

Im Abonnement ist das wöchentlich erscheinende TV-Magazin „rtv“ enthalten. Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen 6 Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Treffpunkten vorliegen. Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen besteht kein Belieferungs- oder Entschädigungsanspruch. Es gilt die Anzeigenpreisliste 17 vom 23.1.2013. Ausführliches Impressum sonnabends, Impressum Lokalteil siehe dort.

Aboservice 0351 48642107
01802 328328

Mo - Fr 7 - 18 Uhr, Sa 8 - 12 Uhr
6 Ct./Anruf aus dem dt. Festnetz, Mobilfunk max. 42 Ct./Min.
Redaktionstelefon 0351 48642273
SZ-Ticketsservice/Anzeigen 0351 84042002/840444
SZ-Reisen 0800 2500000*

Mo - Fr 9 - 18 Uhr * Anruf kostenlos
E-Mail-Adressen redaktion@dd-v.de
anzeigen@dd-v.de
abo@dd-v.de

Eroberung im „Jule-Wahlkreis“

Die Leipzigerin Juliane Nagel holt als einzige Kandidatin in Sachsen ein Direktmandat – ohne in der CDU zu sein.

VON SVEN HEITKAMP, LEIPZIG

59 von 60 Direktmandaten eroberten die Kandidaten der CDU bei der Wahl. Nur einer Politikerin gelang eine kleine Sensation: Juliane Nagel, 35 und Aktivistin der Linken vor allem in Leipzig-Connewitz, sorgte für einen knallroten Tupfer auf der ansonsten politisch schwarzen Sachsen-Karte. Sie steigt heute mit 8922 Stimmen in die Landtagsfraktion der Linken ein. Es war eine Überraschung, die kaum einer auf der Agenda hatte, am wenigsten wohl Platzhirsch und CDU-Stadtdirektor Robert Clemen, der nach 15 Jahren den Sitz im Parlament an Nagel abgeben muss.

Allerdings ist „Jule“ Nagel in der Leipziger Politik seit vielen Jahren ein stadtbekanntes Enfant terrible – geliebt und ge-

hasst. Die Politikstudentin ist in der alternativen Leipziger Szene bestens vernetzt, mit dem Büro „LinXXnet“ organisiert die Strippenzieherin Demos und Aktionen gegen Rechts und für Ausländerrechte, gegen öffentliche Videoüberwachung und für eine bessere Ausstattung der Jugendarbeit. Zuletzt protestierte sie gegen einen neuen Polizeiposten in Connewitz mit satirischen Auftritten. Ihre oft polarisierenden Aktionen honorieren ihre zumeist jungen Wähler. Mehr noch: Die Initiative „Leipzig gegen Krieg“ verlieh ihr 2013 den Leipziger Friedenspreis, den in diesem Jahr posthum der verstorbene Nikolaikirchen-Pfarrer Christian Führer erhält.

Gewaltbereitschaft oder Sachbeschädigungen, in Connewitz nicht unbekannt, seien schlicht „dumm“ und einfach nicht ihr politisches Mittel, betont die gebürtige Leipzigerin. Sie seien allerdings



Überraschungssiegerin Juliane Nagel

Foto: Thomas Kläber

„ein Marker für die Probleme der Leute“. Doch die Partei straft die junge Frau für ihre umstrittenen Aktionen ab: Partei-Granden wie Volker Kläwe gehen auf Distanz, ein Stadtparteitag wählte sie im März nicht einmal in den Vorstand. Sie stehe, sagt Juliane Nagel gestern der SZ, „für eine alternative, moderne Richtung der Linken“ – weg vom klassischen, oft älteren Wählerklientel. Die Kunst sei es nun, beide Gruppierungen in den Linken zu vereinen.

Ihren Job im Büro der Linken-Europapolitikerin Cornelia Ernst will sie nun aufgeben, ihr Stadtratsmandat, dass sie im März mit großem Erfolg verteidigt hatte, werde sie indes behalten: „Die Leute sagen mir: Wir wollen, dass du da bleibst.“ Schon bei der Kommunalwahl hatte die Wahlsiegerin einen statistischen Rekord errungen: Mit 8621 Stimmen erhielt sie mehr Stimmen als jeder andere Stadtrats-Bewerber.